

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3317
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Neubert
Wiesbaden, 2/24/2005 11:33:00 AM

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen bzw. Fraktionsstatusinhabern
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 01.03.2005, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

Tagesordnung 1

1. 04-F-03-0108

Verkehrspolitik gesundheitsverträglich gestalten
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0048 vom 02.02.2005 -

ANLAGE

Zu Punkt 1 tagt der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit und dem Gesundheitsausschuss.

2. 04-F-05-0021

Einsatz von umweltfreundlichen Erdgasbussen
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0665 vom 16.12.2004 -

ANLAGE

3. 04-F-01-0066

Filteranlagen in ESWE-Bussen

- Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0156 vom 02.11.2004

ANLAGE

4. 05-F-01-0015

Rußfilter in Wiesbadener Bussen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.02.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit die Antwort des Oberbürgermeisters auf die Anfrage der Deutschen Umwelthilfe e.V. bezüglich des Einsatzes von Rußfiltern in Wiesbadener Linienbussen mitzuteilen.

5. 05-F-03-0014

Maßnahmen des Luftreinhalteplans umsetzen statt konterkarieren

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2005

ANLAGE

6. 04-F-03-0031

Luftreinhalteplan

- Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0157 vom 02.11.2004 -

- Sachstandsbericht -

ANLAGE

7. 04-F-03-0091

Teil-Umrüstung von Diesel- zu Erdgasbussen

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0207 vom 09.11.2004 -

- Sachstandsbericht -

ANLAGE

Zu den Punkten 2 bis 7 tagt der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit.

8. Fragen an den Ausschuss

9. 05-F-02-0011

Lärmbelästigung durch Ausweichverkehr aufgrund der LKW-Maut mindern
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 14.02.2005 -

Auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden kann davon ausgegangen werden, dass der Ausweichverkehr der LKW von den mautpflichtigen Autobahnen auf Bundesstraßen merklich zunehmen wird. Dadurch werden die Anwohner vor allem in an den an betroffenen Bundesstraßen gelegenen Vororten einer verstärkten Lärmbelästigung ausgesetzt.

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

- a) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, inwieweit schon Erfahrungen über ein verstärktes LKW-Aufkommen aufgrund des Ausweichverkehrs vorliegen und auf welchen Streckenabschnitten mit solchen Beeinträchtigungen zu rechnen sein wird.
- b) Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten dafür Sorge zu tragen, dass
 1. in der Lärmschutzplanung der Landeshauptstadt Wiesbaden der Ausweichverkehr aufgrund der LKW-Maut Berücksichtigung findet;
 2. entsprechende Ausweichstrecken für den LKW-Verkehr ausgewiesen werden;
 3. wenn nötig, Teile der betroffenen Bundesstraßen für den LKW-Verkehr zeitlich begrenzt gesperrt werden;
 4. über weitere Gegenmaßnahmen wie z.B. Lärmschutzhecken, Bodenwälle oder Tempolimits nachzudenken.

10. 05-F-03-0032

Übergeordnete Verkehrsplanungen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.02.2005 -

Am 10. Februar wurde presseöffentlich, dass noch in diesem Jahr mit dem Abschluss der Planungen einer Ampelanlage am Knotenpunkt B 455 / Leipziger Straße und im Jahr 2006 mit dem Baubeginn der Signalisierung in Verbindung mit einem vierspurigen Ausbau der B 455 in diesem Bereich zu rechnen sei.

In Folge der Vierspurigkeit würde ein Teil des intensiv genutzten Bolzplatzes sowie ein Grünstreifen vor der amerikanischen Siedlung wegfallen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten über kurz- bis mittelfristig ausstehende, vor allem kurz vor der Realisierung stehende übergeordnete Verkehrsplanungen im Stadtgebiet der LHW zu berichten und dabei insbesondere auf die konkreten Projektauswirkungen vor Ort und die Verteilung der Investitionskosten zwischen Bund, Land und Stadt einzugehen.

11. 05-F-03-0031

Zukunft von WIBUS

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.02.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten.:

- Ist es zutreffend, dass die nach dem katastrophalen Start von WiBus zwischenzeitlich eingesprungenen Subunternehmer aufgrund ihrer guten Verhandlungsposition höhere Entgelte für ihre Dienstleistung erhalten, als vor dem WiBus-Start?
- Trifft es zu, dass die "gerichtsbeste" Dokumentation der nach dem WiBus-Start aufgetretenen Dienstleistungsmängel wie Kursausfälle, Verspätungen, Unfälle etc. erst mit Verzögerungen begonnen wurde und infolgedessen die Summe der von ESWE-Verkehr bei WiBus geltend zu machenden Entschädigungszahlungen erheblich geringer als der tatsächliche Schaden ausgefallen ist (vgl. auch Schreiben der ESWE Verkehr vom 9.12.04, letzter Absatz Seite 1)? Wenn ja, wie hoch sind in etwa die Einnahmeausfälle aufgrund entgangener Entschädigungszahlungen/Vertragsstrafen?
- Die ESWE Verkehr ist gemäß Verkehrsvertrag § 5 und Dienstleistungsvereinbarung § 2 (vgl. auch Anlagen 1 und 2) zwischen ESWE Verkehr und WiBus zur Fahrerschulung und Einweisung der Fahrer von WIBUS (noch vor dem Einsatz) sowie zur Fahr- und Dienstplanerstellung verpflichtet gewesen.
Nach dem Start von WIBUS waren insbesondere Probleme wegen Ortsunkenntnis der Fahrer und schlecht abgestimmter Fahr- wie Dienstpläne bekannt geworden.
Welche Folgen im Hinblick auf Vertragsstrafen etc. haben diese von ESWE Verkehr verursachten Leistungsausfälle nach sich gezogen?
Wie werden die notwendig gewordenen Nachschulungen der Fahrer verrechnet (vgl. S. 5 im Bericht der ESWE Verkehr zur Vorlage 04-F-01-0077)?

12. 04-F-01-0077

DL 05/05-1, 40/04-4

Qualitätszielerreichung WiBus

13. 05-F-01-0021

Planungen Kulturpark

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.02.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, umfassend Auskunft über den Sachstand der Planungen zum Kulturpark am Schlachthof und deren voraussichtlicher Umsetzung zu geben, dabei sind vor allem folgende Punkte zu berücksichtigen:

- wie weit die Rahmenplanung, bzw. Umsetzung derselben in den einzelnen Teilflächen des Geländes (Tankstelle, P+R Kongressparkplatz, Parkplatz – Optionsfläche II, Kulturfläche "aktiv", KuK-Schlachthalle, Kultur "passiv", Mahnmal und Grünfläche / Landschaft) inzwischen fortgeschritten ist;

- welche Ergebnisse des Workshops in die Planungen eingeflossen sind;
- wie der Stand der Planungen zur Gestaltung der Nordseite KuK im Sinne des Konzeptes Kulturpark zur Zeit ist;
- wie der Stand der Planung, bzw. Erstellung einer freiflächigen Skateranlage fortgeschritten ist;
- in welchem Zeitrahmen mit der Verwirklichung des Multiplexkinos zu rechnen ist;
- wie der derzeitige Stand der Verhandlungen bezüglich des geplanten Projekts 'Wassermuseum' im ehemaligen Wasserturm ist;
- wie weit Initiativen am Schlachthof in Planung und Gestaltung des Geländes mit einbezogen sind;
- ob es inzwischen gelungen ist, einen Investor für die geplante Funsporthalle zu finden und wenn ja ob bereits ein Verhandlungsergebnis vorliegt;
- wie hoch die bislang feststehenden Planungskosten des gesamten Projektes sind.
- welche Anmeldungen für den Doppelhaushalt 2006 / 2007 erforderlich sind.

14. 05-V-66-0200

DL 05/05-5

Elsässer Platz; Errichtung einer Quartiersgarage

15. 05-V-66-0201

DL 05/05-6

Gutenbergplatz; Errichtung einer Quartiersgarage

15.1 05-F-01-0005

Tiefgarage Gutenbergplatz

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.01.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Pkt. 3 des Beschlussvorschlages in Vorlage 05-V-66-0201 ist wie folgt zu ändern:

3. Der Entwurf für die Oberflächengestaltung wird so verändert, dass auch oberirdisch eine größere Zahl von Stellplätzen erhalten bleibt. Eine Verbesserung des Gesamteindrucks soll durch entsprechende Begrünung erreicht werden.

16. 04-V-30-0002

DL 40/04-10

Aufhebung städtischer Satzungen

ANLAGE

17. Verschiedenes

Tagesordnung 2

1. 05-V-01-0001

DL 04/05-11

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 43. Sitzung am 14.12.2004

2. 05-V-01-0006

DL 04/05-12

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 44. Sitzung am 19.01.2005

3. 05-A-15-0002

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Städtebau, Architektur und Baukultur der Landeshauptstadt Wiesbaden am 13.01.2005

ANLAGE

4. 04-V-36-0037

DL 04/05-1 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 16.12.2004

5. 04-V-36-0030 DL 04/05-5

Hochwasserschutz- und Hochwasserlenkungs-Maßnahmen im Ortskern
Sonnenberg

6. 05-V-61-0006 DL 05/05-4

Finanzierungsbericht über den Workshop "Bauen im Bestand"

7. 05-V-64-0001 DL 04/05-14

Attraktivierung des Nichtschwimmerbeckens im Freibad Kleinfeldchen;
Sanierung der Großwasserrutsche

8. 05-V-64-0002 DL 04/05-15

Neubau und Generalsanierung der Joseph- von- Eichendorff- Schule

9. 04-V-66-0213 DL 04/05-7

Aufstufung der Straße Zum Golzenberg in Wiesbaden-Erbenheim und
Wiesbaden-Igstadt gem. HStrG § 5 zur Kreisstraße K 658

10. 04-V-66-0220 DL 04/05-8

Anpassung Tempo-30-Zonen in Wiesbaden-Hessloch an die geänderten
Regelungen der STVO

11. 04-V-80-2366 DL 04/05-9

Abbrüche Platz der deutschen Einheit 3 und 5, Bleichstraße 14 und 16

12. 05-F-03-0015

ÖPNV-Angebot in Tagesrandzeiten optimieren

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2005 -

ANLAGE

13. 05-F-03-0016

Kapazität der Ländchesbahn ausreichend dimensionieren

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2005 -

ANLAGE

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender